



### Sehr geehrte Damen und Herren,

das Abschneiden der CDU/CSU bei der Europawahl war ein guter Auftakt zur Bundestagswahl im kommenden Herbst. Zwar muss man ganz klar sagen, dass auch wir im Vergleich zur letzten Wahl 2004 Stimmenanteile verloren haben. Allerdings hatte damals sicherlich auch die Schröder-Politik entscheidenden Einfluss auf das Wählerverhalten. Im längerfristigen Trend mit Blick auf vorhergegangene Wahlen zum Europaparlament stehen wir daher dennoch ordentlich da.

Das Wahlergebnis ist aber nicht nur eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Union in Brüssel, sondern auch unserer bald vierjährigen Arbeit in der Großen Koalition in Berlin und ist somit Ansporn für die kommende Bundestagswahl. Wir werden alles daran setzen, uns weiter zu verbessern und mit der FDP zusammen eine bürgerliche Mehrheit zu bilden. Das Wahlergebnis zeigt deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger wissen genau, wer auch in schweren Zeiten ihre Interessen vertritt und gute Politik für unser Land macht, statt den Wahlkampf vorzeitig zu eröffnen. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Steinmeier sind zu Recht mit ihrem Versuch gescheitert, sich durch Angriffe auf die Kanzlerin und den Bundeswirtschaftsminister zu profilieren, statt gewissenhaft und sachorientiert ihre Arbeit in der Bundesregierung zu leisten. Versuchen, die Gesellschaft zu spalten und mit populistischen Versprechen auf Stimmenfang zu gehen, haben die Wählerinnen und Wähler eine klare Abfuhr erteilt. Der Versuch der SPD, mit Steuergeldern Wahlsiege zu kaufen, ist kläglich gescheitert. Wir in der Union verstehen dieses Wahlergebnis als Aufforderung, weiterhin mit ganzer Kraft daran zu arbeiten, die aktuelle Wirtschaftskrise so schnell wie möglich zu überwinden und unser Land gestärkt in die Zukunft zu führen.

### Gesamtwirtschaftlich verantwortlich handeln – Staatshilfe nur als ultima ratio

Es ist eine gute Nachricht, dass mit dem Zulieferungsunternehmen Magna nach langem Tauziehen nun endlich ein privater Investor für Opel gefunden werden konnte. Damit ist die Gefahr gebannt, dass Opel in den Strudel der Insolvenz seiner amerikani-

schen Mutterfirma General Motors gerät. In einem solchen Fall wären uns die Hände gebunden gewesen, sämtliche Entscheidungen hätten dem amerikanischen Insolvenzverwalter obliegen. Dank der nun gefundenen Lösung ist sichergestellt, dass auch die zur Überbrückung notwendige Staatshilfe ausschließlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland verwendet wird und kein Geld in die USA fließt.

Grundsätzlich stehe ich staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft sehr kritisch gegenüber. Nur in absoluten Ausnahmefällen darf der Staat die Grenze des Rahmensetzers überschreiten, weshalb unser Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg völlig richtig gehandelt hat, den Fall Opel in aller Ausführlichkeit zu prüfen.

Ein anderer Fall ist der Arcandor-Konzern. Anders als bei Opel standen hier solvente inländische Investoren hinter dem Unternehmen, die sich jedoch selbst nicht bereiterklärten, die drohende Insolvenz abzuwenden. Darüber hinaus war Arcandor bereits lange vor Beginn der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Schieflage geraten, während Opel zum Stichtag, dem 1. Juli 2008, ein intaktes Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell war. Aus diesen Gründen hat sich der Einsatz von Steuergeldern für den Kaufhauskonzern verboten. Es kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein, unternehmerische Fehlentscheidungen aufzufangen. Es ist eine Illusion zu glauben, der Staat und damit der Steuerzahler könnte an die Stelle privater Unternehmer und Investoren treten. Die Insolvenz von Arcandor gefährdet zunächst nicht den Weiterbetrieb der Kaufhäuser und Reisebüros. Vielmehr bietet sie eine gute Ausgangssituation für den Einstieg privater Investoren. Die Chancen für ein Überleben des Unternehmens und des Erhalts der dortigen Arbeitsplätze sind mit der Insolvenz weiterhin gegeben. Großer Dank gebührt daher der Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg für ihren Einsatz zur Überwindung der Krise und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Mit ihrem engagierten und pragmatischen Vorgehen haben sie sowohl bei Opel als auch bei Arcandor eine tragfähige Lösung gefunden, die den Interessen der Beschäftigten und der Steuerzahler gleichermaßen entspricht.



### Andenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ehrenvoll bewahren

Vor 56 Jahren begann mit Streiks und Demonstrationen der Aufstand gegen die SED-Diktatur. Am 17. Juni 1953 schlossen sich im ganzen Land über eine Million Menschen den Protesten an und forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Nur mit massivem Einsatz von Polizei und sowjetischer Armee konnten die sozialistischen Machthaber den Aufstand niederschlagen. Mindestens 55 Menschen wurden von Volkspolizisten und Rotarmisten erschossen. In den Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden mehr als 6.000 Personen verhaftet und zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Sieben von ihnen wurden hingerichtet. Der 17. Juni 1953 war die bis dato größte Freiheitsbewegung der deutschen Geschichte. Vor aller Welt demonstrierte die ostdeutsche Bevölkerung ihren Mut und Widerstand gegen die sozialistischen Unterdrücker. Gleichzeitig zeigte er, dass der Sozialismus nur mit Gewalt und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte. Wenn die Linkspartei heute „Freiheit durch Sozialismus“ fordert, zeigt das nicht nur die Geschichtsvergessenheit dieser Partei, sondern offenbart auch, dass sie bis heute einer veralteten Ideologie anhängt, die nicht Freiheit, sondern Zwang und Unterdrückung bedeutet. Wir gedenken in dieser Woche der Teilnehmer und Opfer des Aufstandes. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen.

### Deutsche Soldaten im Sudan und in Darfur

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) beschlossen. UNMIS kommt auch weiterhin eine maßgebliche Rolle bei der Überwachung des Friedensabkommens zwischen der Regierung in Khartoum und dem Südsudan zu. Die Lage ist nicht nur wegen des umstrittenen und ungeklärten Grenzverlaufs zwischen dem Norden und dem Süden, sondern auch hinsichtlich des 2011 anstehenden Referendums über die Unabhängigkeit Südsudans gespannt. Die deutsche Beteiligung an UNMIS bleibt unverändert mit einem Personaleinsatz von bis zu 75 Soldatinnen und Soldaten. Auch die Fortsetzung

der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) stand zur Beschlussfassung an. Die Lage in Darfur ist nach wie vor katastrophal. UNAMID kommt eine maßgebliche Rolle sowohl bei der Linderung des Leids der Bevölkerung als auch bei der Unterstützung einer politischen Lösung des Konflikts zu. Die deutsche Beteiligung an UNAMID soll unverändert, d.h. mit einem Einsatz von bis zu 250 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.

### Bekämpfung der Piraten vor der Küste Somalias

Ebenfalls zur Beschlussfassung stand die Anpassung des Einsatzgebietes für die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias an. Die Inselgruppe der Seychellen lag bisher nur zum kleineren Teil im Operationsgebiet von Atalanta. Da die Piraten ihre Angriffe zunehmend in dieses Seegebiet verlagern, wird das Operationsgebiet erweitert. Die Republik der Seychellen hat die Europäische Union um Unterstützung bei der Bekämpfung der Piraterie gebeten.

### Abstimmung zur Patientenverfügung

In dieser Woche haben wir uns auch mit der Frage der Patientenverfügung beschäftigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem respektvollen Umgang mit schwerkranken Menschen, dem Respekt vor dem menschlichen Leben bis zum Schluss und der Selbstbestimmung des Menschen. Soll eine einmal abgegebene Patientenverfügung in jedem Fall bindend sein, oder müssen Ärzte und Verwandte eventuell die Möglichkeit haben, von dem in der Patientenverfügung dokumentierten Willen abzuweichen, wenn die Situation sich deutlich geändert hat? Zur Abstimmung lagen drei unterschiedliche Anträge vor. Gestimmt habe ich selbst für den Antrag des CDU-Rechtsexperten Wolfgang Bosbach. Dieser betont, dass die Verfassung den Gesetzgeber auch zum Lebensschutz auffordert. Somit sollte wenigstens eine ärztliche Beratung stattgefunden haben, wenn aufgrund einer Patientenverfügung bei möglicherweise heilbarer Erkrankung eine Behandlung abgebrochen werden soll. Leider gab es für diesen Antrag keine Mehrheit.



Stattdessen gab es eine Mehrheit für den Antrag des SPD-Politikers Joachim Stünker. Dieses Gesetz sieht nun vor, dass Patientenverfügungen ohne Einschränkungen als verbindlich erklärt werden, sofern sie in schriftlicher Form vorliegen. Auf Art und Stadium der Erkrankung kommt es dabei nicht an.

Bemerkenswert ist doch, dass sich für diesen Antrag eine Mehrheit aus SPD, Grüne, Den Linken und der FDP formiert hat, was ein sehr schlechtes Signal ist. Wieder einmal hat die FDP in einer weitreichenden fundamentalen Frage gemeinsam mit den Linken im Bundestag für denselben Antrag gestimmt. Dies zeigt einmal mehr, dass wir in der Union noch mehr klar und deutlich Profil zeigen müssen, um auch bei den Bundestagswahlen im Herbst erfolgreich abzuschneiden.

### **Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet**

In zweiter und dritter Lesung haben wir das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ verabschiedet, das darauf abzielt, den Zugang deutscher Nutzer auf kinderpornographische Seite zu erschweren. Internetzugangsanbieter werden zur Sperrung gelisteter kinderpornographischer Webseiten sowie zur Umleitung auf einen sog. Stopp-Server verpflichtet, wo die Nutzer entsprechend informiert werden. Das Bundeskriminalamt wird als zusätzliche Aufgabe im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion regelmäßig eine Liste von zu sperrenden kinderpornographischen Inhalten erstellen und den Internetzugangsanbietern übermitteln.

Herzliche Grüße

Ihr



### **Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert**

#### **Zu Gast bei Thomas Bareiß**

Im Berliner Reichstagsgebäude empfing Thomas Bareiß eine Besuchergruppe aus den Landkreisen Sigmaringen und Zollernalb. Die Besucher hatten ein umfangreiches Programm und besichtigten neben den zahlreichen Attraktionen der Hauptstadt unter anderem die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund sowie die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Auch der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß empfing im Deutschen Bundestag die 50 Besucher aus seinem Wahlkreis und nahm sich Zeit für eine gemeinsame Diskussion.



#### **Daniel Stehle schnuppert Berliner Luft**

Im Rahmen des Planspiels „Jugend und Parlament“ verbrachte Daniel Stehle aus Binsdorf vier Tage im Deutschen Bundestag. Die Teilnehmer von „Jugend und Parlament“ werden über den Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises zum Planspiel eingeladen. Gleich nach ihrer Ankunft in der Hauptstadt schlüpfen die Nachwuchspolitiker in spe in die Rollen fiktiver Abgeordneter. Mit neuem Namen, neuer Biographie und neuer politischer Gesinnung ausgestattet, befassen sie sich mit verschiedenen politischen Themen.

#### **Thomas Bareiß besucht mit der Jungen Gruppe Bundeskanzlerin Angela Merkel**

Im Bundeskanzleramt empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel die „Junge Gruppe“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei der auch der Abgeordnete Thomas Bareiß Mitglied ist. Mitglieder der Jungen Gruppe sind die Parlamentarier der Union, die zu Beginn einer Wahlperiode jünger als 35 Jahre alt sind. Die Bundeskanzlerin diskutierte mit den Abgeordneten über die anstehenden Herausforderungen in der Wirtschaftskrise und die Bundestagswahl im Herbst.

